

Siegt der konzernhörige Flügel der CVP?

Wer Quartiere und Dörfer durchstreift, kann sie nicht übersehen, die orange-farbenen Spruchbänder mit dem Aufruf «Konzernverantwortungsinitiative Ja!». Mittlerweile sind über 45'000 Balkone und Fenster mit diesem Aushang geschmückt, als ob die Volksabstimmung schon bevorstünde. So weit ist es noch nicht. Doch nun läuft der Countdown. Anfang Juni werden im Parlament mit einer Einigungskonferenz zwischen National- und Ständerat nach zweijährigem Hin und Her die Würfel fallen.

Derweil reisst die Serie der Schlagzeilen über internationale Rohstofffirmen mit Schweizer Domizil nicht ab. Man konnte lesen, der weltgrösste Rohstoffkonzern Glencore mit Sitz in Zug habe jüngst grosses Leid bei der Bevölkerung des Tschad verursacht. In der Nähe seines dortigen Ölförderfelds überschwemmte seine Tochterfirma die Landschaft mit Giftbrühe aus einem überlaufenden Auffangbecken.

Die Kolmar-Gruppe mit Sitz in Zug war in Libyen laut Berichten offenbar involviert in den illegalen Schmuggel von mindestens 50'000 Tonnen Diesel. Die Hintermänner stehen derzeit in Italien vor Gericht, was dort grosse Schlagzeilen über die Zuger Firma auslöste. Die Glencore-Mine Cerro de Pasco in Peru verursachte Schwermetallvergiftungen mit schweren Schäden an Menschen und Umwelt. Nachdem der Giftskandal aufgefliegen war, verkaufte Glencore flugs ihre Minenbetreiberfirma Volcan, was zu weltweiten Schlagzeilen führte.

So geht es Monat für Monat. Und fast immer sind Sitzgesellschaften aus der Schweiz mitbeteiligt. Rund 24'000 internationale Holding- und Domizilgesellschaften operieren weltweit von der Schweiz aus, darunter auch 500 Rohstoff- und Ölfirmen. Sie nutzen das «Soft Law», also die schwache Konzerngesetzgebung der Schweiz. Sie schreibt praktisch keine Sorgfaltspflicht und keine Haftung für die Schäden von Firmenfilialen im Ausland vor.

Der Nationalrat hatte einen gemässigten, aber wirksamen Gegenvorschlag zur Volksinitiative ausgearbeitet und diesen mehrmals unterstützt. Die Annahme dieses Gegenvorschlags würde (meines Erachtens richtigerweise) den Initiativrückzug und eine raschere Umsetzung der Haftung zur Folge haben.

Nach einer gewaltigen Lobbywalze durch die multinationalen Konzerne,



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm schreibt abwechselnd mit Barbara Bleisch, Laura de Weck und Michael Hermann.

Dem Vernehmen nach wurden schon 8 Millionen Franken für die Gegenkampagne eingesetzt.

inszeniert von Economiesuisse und Swissholdings, mischte sich das EJPD unter Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP) mit einem unüblichen Manöver in den Parlamentsprozess ein und zauberte für die Dezember-Session 2019 einen Gegen-Gegenvorschlag (!) aus dem Hut. Er wurde im Ständerat sofort angenommen und diente als Alibi dazu, die substanzielle Kompromisslösung des Nationalrats zu verhindern. Der ultrakonservative und einflussreiche Walliser CVP-Ständerat Beat Rieder hatte sich diesen Alibi-Gegenvorschlag aus dem EJPD durchgeboxt.

Dieser Alibi-Gegenvorschlag von Keller-Sutter will nichts von einer Haftung wissen und bringt keine Verhaltensänderung der Konzerne. Er verpflichtet die Firmen bloss zu einem Sorgfaltspflichtbericht, den sie selber durchführen und niemand überprüft. Das bedeutet bloss eine Pflicht zur Imagepflege und Weisswäscherei statt eine Haftung für Schäden an armen Menschen in Entwicklungsländern.

Was bei uns alle Unternehmer im Inland leisten müssen, nämlich eine

Haftung für ihre Tochterfirmen, soll für die multinationalen Grosskonzerne bei ihren Auslandfilialen weiterhin nicht gelten. Das ist die Moral der Selbstverantwortungs-Version von Karin Keller-Sutter.

Bald wird die EU auch Schweizer Firmen, die auch im EU-Raum operieren, mit ihrer Konzernhaftung unter Druck setzen. Der EU-Justizkommissar Didier Reynders versicherte am 29. April vor dem EU-Parlament, die EU werde bis Anfang 2021 «die Konzernverantwortlichkeit bei menschlichen oder ökologischen Schädigungen ausweiten» und für alle eine zivilrechtliche Haftung durchsetzen.

Derzeit bereiten sich bei uns 120 Nichtregierungsorganisationen auf die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative vor. Über Internet und Social Media erreichen sie eine Million Bürger und Spender in der Schweiz. 350 Lokalkomitees aus Freiwilligen bereiten sich auf die Kampagne vor. Ein Komitee mit 170 bürgerlichen Politikern, ein Wirtschaftskomitee mit 180 Unternehmern sowie die Spitzen der Landeskirchen und der Freikirchen unterstützen die Initiative.

Gewichtige Unternehmensgruppen unterstützen nicht die Initiative, sondern den Gegenvorschlag des Nationalrats. In der Romandie ist es das Groupe ment des Entreprises Multinationales mit 95 Unternehmen. In der deutschen Schweiz sind es neu auch die IG Detailhandel, der Verband Handel Schweiz und weitere Organisationen mittelständischer Unternehmen. Jüngst hat sich auch der Verband der Nahrungsmittel-Industrien (Fial) für den Gegenvorschlag des Nationalrats ausgesprochen. All diesen Firmen geht es darum, den Reputationsschaden für die Schweiz zu verhindern. In ihrem Prospekt sagen sie: «Konzernverantwortung ist eine Selbstverständlichkeit.»

Im Lager der Grosskonzerne rüstet sich Economiesuisse für die Gegenkampagne, die sie von der Agentur Furrer-Hugi durchführen lassen will. Dem Vernehmen nach wurden schon 8 Millionen Franken eingesetzt.

Die CVP-Fraktion unterstützte anfänglich den substanziellen Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe des Nationalrats. Das Schicksal der Vorlage wird im Parlament nun definitiv von der CVP bestimmt. Wird sie die bisherige kompromissorientierte Mitteposition beibehalten – oder wird sich der konzernhörige konservative Flügel mit Rieder durchsetzen?